

Walter Schmidt

**Die Revolution 1848/49
in einer sich wandelnden Geschichtskultur**

Berlin, Mai 2000

Manuskripte 2/2000

Walter Schmidt

Die Revolution 1848/49
in einer sich wandelnden Geschichtskultur

Vortrag für einen „Akademischen Abend“
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
am 18. Mai 2000

ISBN 3-320-02992-4

Vor genau zwei Jahren begingen wir den 150. Jahrestag der Revolution von 1848. Mein Vortrag fällt nun, das sei, zumal Erinnerungskultur behandelt werden soll, vermerkt, genau auf den 152. Jahrestag der Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung. Das bitte ich zunächst als reinen Zufall bei schwieriger Terminsuche zu verstehen. Sie dürfen versichert sein, daß mir persönlich der 18. März lieber gewesen wäre. Aber ich habe, auch dies sei ausdrücklich erwähnt, gleichwohl keine Schwierigkeiten mit dem 18. Mai, finde eher, daß wir uns in Deutschland daran gewöhnen sollten, diese beiden eineinhalb Jahrhunderte und noch heute in Konkurrenz stehenden 1848er Daten als traditionswürdig und -wert an- und aufzunehmen.

Doch nun zur Sache. Der runde Jahrestag von 1998 wurde, wie viele runde historische Jubiläen, selbst zu einem gesellschaftlichen Ereignis. Es zeigte sich zunächst einmal, daß solche Jahrestage in der Regel die historische Forschung ungemein stimulieren. Rund 200 selbständige, durchweg seriöse Publikationen waren 1998/99 der 48er Revolution gewidmet, weit mehr als je zuvor bei einem 1848er Jubiläum. Zum anderen erweisen sich historische Jubiläen – und so auch der 150. Jahrestag von 1848 – als dankbare Gegenstände öffentlicher Geschichtskultur. Noch nie zuvor – das sei vorweg gesagt – hatte eine deutsche Revolution solch eine Konjunktur in der nun gesamtdeutschen Öffentlichkeit.

Dabei ist immer zwangsläufig Geschichtspolitik im Spiel. Das will sagen: Die jeweilige Politik nutzt ein historisches Jubiläum, um nicht nur ihre Sicht auf das vergangene Ereignis kundzutun. Mehr noch und zuvörderst ist sie interessiert an der paßgerechten Einordnung des historischen Vorgangs in die eigenen Gegenwartsinteressen, will diesen gleichsam eine historische Dimension verleihen. Anders gesagt, öffentliche Erinnerung dient in erster Linie der historischen Legitimation gegenwärtiger politischer Ziele. Historische Legitimation war beileibe kein auf die DDR beschränktes ideologisches Phänomen, wie neuerdings weiszumachen gesucht wird. Sie ist allen Gesellschaften eigen, auch der Bundesrepublik wie zuvor dem Deutschen Reich.

Eine bewußte politische Instrumentalisierung der Geschichte in der Öffentlichkeit wird schwerlich zu leugnen sein, ist im Grunde die Normalität. Auch nicht zu übersehen ist, daß da immer auch – von der Wissenschaft nicht abgedeckte – Manipulation im Spiele ist. In pluralistischen Gesellschaften offenbaren sich diese gedenkkulturellen Bemühungen allerdings zumeist als ein durchaus unterschiedliches, nicht selten sogar gegensätzliches Herangehen und Bewerten der Vergangenheit durch die einzelnen politischen Parteien, sozialen Strömungen oder kulturell aktiven Gruppierungen. Ein einheitliches Geschichtsbild wird man da vergeblich suchen, was Manipulationsbestrebungen in nur eine Richtung entgegensteht. Allerdings ist auch nicht zu übersehen, daß die jeweils herrschenden politischen Kräfte, sofern sie die Medien dominieren, versuchen, ihre Sicht auf die Vergangenheit der ganzen Gesellschaft aufzuoktroieren, sie zur herrschenden Meinung zu machen.

Welches Schicksal hatte in diesem Sinne nun die Revolution vorn 1848/49, seit sie stattfand, also in einer sich in eineinhalb Jahrhunderten wandelnden Geschichtskultur in Deutschland ?

Das soll im folgenden in der knappen Zeit mehr holzschnittartig vorzustellen versucht werden, und zwar am Beispiel der sechs Jubiläumsjahrestage, die die Revolution inzwischen erlebte: von 1873 über 1898, 1923, dem Zentenarium 1948 und 1973 bis 1998.

*

Die Kontroversen um das Revolutionserbe setzten bereits unmittelbar nach der Revolution ein. In den 1850er Jahren wurden in diesen Auseinandersetzungen auch die Leitlinien des seitdem tobenden Streits um das Erbe von 1848 umrissen. Die *Konservativen* adlig-monarchischer Provenienz suchten die Erinnerung an 1848 durch schlichtes Verschweigen zu tilgen, was ihnen größtenteils auch gelungen ist. Sobald sie dieses Ereignis zur Kenntnis nehmen mußten, verteufelten sie die Revolution als Werk von Agenten und Irreführten und verteidigten bei halbherziger Akzeptanz eines reaktionär beschnittenen, also Scheinkonstitutionalismus, die unbedingte Vorherrschaft der Krone. Die *Liberalen* wiederum rechtfertigten zwar die Vereinbarungspolitik der Parlamente in der Revolution, näherten sich aber in der Gretchenfrage zunehmend den konterrevolutionären Siegern an: nicht ein gewähltes souveränes Nationalparlament, sondern vielmehr die preußische Königsmacht sei entscheidend für die auf einen deutschen Einheitsstaat zielende Nationalbewegung. Nur die *radikalen Demokraten* und die *Sozialisten* bekannten sich zur klar zur Revolution und suchte die Erinnerung an sie wachzuhalten. Für sie allein war revolutionäre Gewalt legitimes Mittel zur Durchsetzung eines demokratisch-parlamentarischen Systems in einem vereinten Deutschland. Sie feierten den 18. März als „Freiheitsschlacht“, wobei die Sozialisten – ich glaube mit vollem Recht – den Anteil der Arbeiter an der Revolution herausstellten, sicher auch manchmal überhöhten, und zugleich der europäischen Dimension dieser Revolution größte Aufmerksamkeit zollten.

Eine 1848er Traditionspflege fand in den 1850er Jahren freilich nicht statt. Die Reaktion hatte wieder ganz das Sagen und machte *ihre* praktische Geschichtspolitik. Die Revolution wurde also in der Öffentlichkeit schlicht und einfach totgeschwiegen. Die demokratischen Gegenkräfte waren zu schwach, um eine die Gesellschaft durchdringende 48er Gedenkkultur zu entwickeln, und die Liberalen zeigten wenig Interesse, an ihre „Jugendsünde“ zu erinnern. Marx traf sicher den Kern der Sache, als er 1869 an Kugelmann schrieb, daß „es der Reaktion in Deutschland auch gelungen ist, die Erinnerung an 1848/49 gänzlich zu tilgen.“¹ Doch es gibt Ausnahmen. In Baden und in der Pfalz – wo übrigens bis heute 1848er Traditionspflege eine Angelegenheit von größeren Teilen der Bevölkerung geblieben ist – waren Friedrich Heckers Aufstandsversuche ebenso unvergessen wie die Mordtaten der preußischen Interventen von Frühsommer 1849. Das 1848 geborene Heckerlied wie Ludwig Pfaus Pfaus berühmtes Badisches Wiegenlied sprechen eine deutliche Sprache.

*

Zu einem geschichtskulturellen Ereignis wurde erst das erste 1848er Jubiläum anlässlich des 25. Jahrestag 1873. Dieser Jahrestag stand, woran zunächst zu erinnern ist, unter dem noch ganz frischen Eindruck der deutschen Reichsgründung von 1871, jenes Ereignisses, das im Verständnis der Konservativen, aber auch der Liberalen fortan zum strahlenden Höhepunkt und zugleich zum einzig gültigen Maßstab bisheriger deutscher Geschichte wurde. Die Geschichts-

¹ Karl Marx an Ludwig Kugelmann, 3.3.1869. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 596.

kultur mehrerer Generationen von Deutschen wurde von diesem Geschichtsbild geprägt. Es stellte die Revolution von 1848 mehr oder weniger ins historische Abseits, verbannte sie bestenfalls in die Vorgeschichte der Reichsgründung. Diese von der national-liberal-borussischen Schule der akademischen Geschichtsschreibung mit Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke ganz auf das Jahr 1871 ausgerichtete Sicht auf die deutsche Geschichte fand durch die Medien und mehr noch durch den Geschichtsunterricht der Schulen und die akademischen Bildungsinstitutionen weite Verbreitung – und zwar nicht nur im Bürgertum. Die 1848er Revolution erschien in *diesem* Geschichtsbild als eine Sackgasse auf dem Weg zur Einheit. Im günstigsten Falle wurde sie abgewertet zu einem mit falschen, weil revolutionären Mitteln unternommenen Fehlversuch, bei dem lediglich einige Elemente, wie etwa das Streben nach nationaler Einheit, akzeptabel erschienen.

Der erste Jubiläumsjahrestag gab jedoch zugleich Auskunft darüber, daß es durchaus Kräfte in Deutschland gab, die gegen diesen Strom schwimmen wollten und die bereit und in der Lage waren, mit dem Erbe von 1848 – freilich im subkulturellen Raum – eine demokratische Gegenposition zum preußisch-deutschen nationalistischen Konzept aufzubauen.

Die *Konservativen* nahmen den Jahrestag 1873 gar nicht erst zur Kenntnis. Sie entwickelten ihr an den Erfolgen von 1870/71 festgemachtes Traditionsbild. Der Tag des Sieges von Sedan, der 2. September, wurde neben des Kaisers Geburtstag zum Feiertag erklärt. In Berlin beging man zur Feier des gegen Frankreich gewonnenen Kriegs die Einweihung der Siegessäule – die Berliner nennen sie bekanntlich „Goldelse“ –, des Denkmals im Tiergarten, das jeder noch heute besichtigen und neuerdings dabei sogar Kaffee trinken kann. In Lichterfelde legte man den Grundstein für die mit Mitteln aus den französischen Kriegskontributionen erbaute zentrale preußisch-deutsche Kadettenanstalt, wo von 1945 bis 1990 das amerikanische Militär residierte und in der heute die größten Archivbestände zur Reichs- und DDR-Geschichte lagern. Die *Liberalen* – und mit ihnen nicht wenige Demokraten – hatten angesichts der Erfüllung der nationalen Einheitsforderung durch Bismarck mehr oder weniger ihren Frieden mit dem monarchischen Prinzip gemacht und schwiegen sich in den Medien weitgehend aus. Lediglich eine kleine Gruppe von *Demokraten* gedachte am 30. März, dem Eröffnungstag des Vorparlaments von 1848, der Revolution und ihres Parlaments, erinnerte an deren Leistungen und auch an die Opfer von 1848; und sie verbanden dies mit deutlicher Kritik an dem reaktionären Charakter des Deutschen Reiches.

Wiederbelebt wurde 1873 die Erinnerung an die Revolutionsjahre in der Öffentlichkeit und im Volke vor allem durch die organisierte deutsche Arbeiterbewegung – von Lassalleanern wie Eisenachern, die damals noch getrennt marschierten. Es gab demokratische Märzfeiern in vielen Städten. In Berlin organisierte die Arbeiterbewegung eine wahre Pilgerfahrt zu den Märzgräbern im Friedrichshain. Der von der Polizei verbotene und oft gewaltsam verhinderte Marsch zum Friedrichshain wurde seitdem zur populärsten Demonstration der Berliner Arbeiter im 19. Jahrhundert. Im „Volksstaat“ erschien in diesem Jahr Georg Herweghs berühmtes Gedicht: "Achtzehnhundertvierzig und acht“ mit dem aufmüpfig-optimistischen „Noch sind nicht alle Märzen vorbei“. Die Arbeiterbewegung entwickelte mit den Märzfeiern, die – bis 1914 – zu ihrem wohl wichtigsten historischen Gedenktag wurde, erfolgreich eine Gegentradition zum

preußisch-deutschen Sedantag, ein Stück demokratischer Geschichtskultur, die national und international verankert war. Denn es wurde bewußt an zwei Ereignisse zugleich erinnert: an den Berliner 18. März 1848 und an den Pariser 18. März 1871, den Tag der Ausrufung der Pariser Kommune. Die Arbeiterbewegung konterkarierte so die staatsoffizielle Franzosen-Erbfeindschaft durch eine demokratische Solidarität mit dem französischen Volk. Erst durch das Wirken der Arbeiterbewegung ist – nach einem Wort von Franz Mehring – „das historische Verständnis der Märzrevolution in die Massen gedrungen.“²

Diese Zusammenhänge verdienen schon einen kurzen Blick in die Gegenwart. Nach langem Streit gelang es am 18. März 2000 endlich, dem Berliner Senat die zuvor immer wieder verweigerte Umbenennung des „Platzes vor dem Brandenburger Tor“ in „Platz des 1848 März“ unter der Bedingung abzurufen, daß die Jahreszahl 1848 weggelassen wird. Denn, so war verlangt, der Platz sollte auch an den Tag der DDR-Wahlen vom 18. März 1990 erinnern. Dagegen war nichts einzuwenden. Demokraten und Internationalisten können damit leben. Dies um so mehr, so will mir scheinen, als es eben noch einen dritten denkwürdigen 18. März in der Geschichte gibt, an den manch einen übrigens der gegenüberliegende östliche Platz vor dem Brandenburger Tor erinnern könnte, der seit langem den Namen Pariser Platz trägt. Wie sich Zufälle oft sinnvoll fügen.

*

Der zweite Jubiläumstag war die 50-Jahr-Feier 1898. Er weist in der akademischen Geschichtsschreibung eine Reihe neuer Momente auf, die vor allem in den gesellschaftlichen Widersprüchen und neuen Strukturproblemen der Jahrhundertwende und den nach Bismarcks Sturz in Teilen des Bürgertums aufkommenden Zweifeln an der Vollkommenheit des Reichs und seiner Verfassung ihre Ursache hatten. Das war beileibe keine Wende in der Einschätzung der Revolution, jedoch eine beginnende Distanzierung von der bisherigen borussischen Revolutionssicht. Eine begrenzte Aufwertung der Revolution wurde eingeleitet. Erstmals wurde das Revolutionsthema überhaupt Gegenstand direkter historischer Forschungen.

Teilweise zurückgenommen wurde auch die Verleumdung des 18. März als Werk von Verschwörern. Es begannen offene akademische und öffentliche historisch-politische Auseinandersetzungen über die Stellung zu den Revolutionsereignissen. Seit der Jahrhundertwende nahm sich auch die Landesgeschichte, meist in Graduierungsarbeiten, der 1848er Revolution an. In der Geschichtskultur änderte sich indes nichts. Immer noch stand vornehmlich die Arbeiterbewegung vorbehaltlos zum Erbe der Revolution, vor allem zu den bewegenden Taten des Volkes. Im Vorfeld und aus Anlaß des 50. Jahrestages erschienen erstmals umfangreichere Revolutionsdarstellungen aus sozialdemokratischer Feder – ich nenne nur die Werke von Franz Mehring und von Wilhelm Blos. Massenhaft wurden Märzfeiern begangen und zum Berliner Friedrichshain demonstrierte man am 18. März natürlich zu Zehntausenden.

Furore machte in der politischen Öffentlichkeit jedoch diesmal ein Vorgang im deutschen Parlament. August Bebel forderte auf der Tribüne des Reichstags genau am 18. März 1848 Konservative und Liberale zu einer gedenkpolitischen Auseinandersetzung über die 1848er

² Franz Mehring, Nachklänge zur Märzfeier. In: Die neue Zeit, Stuttgart 1897/98, Bd. 2, S. 4.

Revolution heraus. Die Konservativen machten in der Debatte von ihrer Abscheu vor der Revolution keinen Hehl und verleumdete die Märzkämpfer immer noch als ausländisches Gesindel. Die Führer der Liberalen sahen in der Berliner Barrikadenschlacht nur eine peinliche Episode, die vom Glanz der Nationalversammlung überstrahlt würde. Bebel hingegen erklärte gegen den Liberalen Bennigsen, daß die Nationalversammlung nur eine Frucht der Märzrevolution war, und er verteidigte leidenschaftlich die Ehre der Barrikadenkämpfer. Den Konservativen rief er zu: Das Gesindel werden wir ihnen noch eintränken. „Das werden wir ihnen nicht vergessen. Es ist eine Infamie, die Männer, die damals ihr Leben in die Schanzen schlugen und für ihre Ideale kämpften, in solcher Weise zu beschimpfen. Die Männer haben im Jahr 1848 das getan, was Sie 1870 getan zu haben vorgeben und sich dessen rühmen. Wäre 1848 geworden, was die damaligen Kämpfer des Volkes also machen wollten, dann war 1870 unnötig. Dann wäre das Deutsche Reich in ganz anderer Macht und Herrlichkeit als heute schon damals gegründet worden.“³

Doch darf nicht übergangen werden, daß neben den Sozialdemokraten nun auch Linksliberale und Demokraten sich zu eigenen Erinnerungsfeiern aufrafften. In Frankfurt a.M. fand – wie schon 1873 – Ende März eine von der Deutschen Volkspartei einberufene Festveranstaltung zu Ehren der 48er Revolution statt, auf der Leopold Sonnemann und Ludwig Quidde die gehaltvollsten Reden hielten. Auch hier durchzog *ein* Kerngedanke die Ansprachen: Ohne 1848 bestünde kein Reichstag, kein Deutsches Reich, keinerlei nationale Errungenschaft, keine bürgerlichen Freiheiten, die es zu verteidigen gelte. Der bürgerliche Demokrat und führende deutsche Pazifist Ludwig Quidde, der 1927 den Friedensnobelpreis erhielt, begründete sogar das Recht auf Revolution, hob die Bedeutung der Grundrechte hervor und kritisierte scharf das Bürgertum wegen seines Versagens, 1848 nicht gemeinsam mit der Arbeiterschaft gegangen zu sein. Das waren immerhin, hoffnungsvolle neue Momente in der deutschen, freilich durchweg nur subkulturellen Erinnerungskultur. Sie verdienen um so mehr Beachtung, als damals Männer wie Hugo Preuß, der spätere Schöpfer der Weimarer Verfassung, in historischen Arbeiten die Märzrevolution als Sieg des Bürgertums feierten und wegen der Machtstellung des Parlaments und der bürgerlichen Freiheitsrechte der Reichsverfassung von 1849 gegenüber der Verfassung von 1871 den Vorzug gaben.

*

Der 75. Jahrestag fiel ins Jahr 1923, in die Schlußphase der so genannten revolutionären Nachkriegskrise. Was wunder, daß die Rückbesinnung auf 1848 nun im Zeichen einer zweiten Revolution, der Novemberrevolution von 1918, und mehr noch ihres wohl wichtigsten gesellschaftspolitischen Resultats, der Weimarer Republik, stand. Die Novemberrevolution hatte einen neuen sozialpolitischen Boden für die historische Standortbestimmung von 1848 geschaffen. Es waren Bedingungen für eine positivere 1848er Gedenkkultur entstanden. Es ist zu fragen, wie sie genutzt wurden.

In Teilen der akademischen Wissenschaft wie in der Geschichtspolitik und -kultur, sofern sie von Anhängern der Republik getragen wurde, wurden die Republik und die Verfassung von

³ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, IX. Legislaturperiode, V. Session, 1897/98, S. 1600.

Weimar in der Tat zu neuen Bewertungskriterien. Im Gegensatz zu den Konservativen, die – was nicht übersehen werden darf – im akademischen Wissenschaftsbetrieb wie in der offiziellen Geschichtsvermittlung nach wie vor beherrschend blieben, griffen die „Vernunftrepublikaner“ liberaler wie demokratischer Provenienz, die sich zur Weimarer Verfassung als wesentlichem Fortschritt bekannten, nachdrücklich auf das Erbe der Paulskirche zurück und suchten, von 1848 her eine staatstragende parlamentarische Tradition aufzubauen.

Nun bewegte sich auch ein Flügel der akademischen Forschung, jene Historiker, die sich eins wußten mit Weimar, erstmals signifikant weg von der herkömmlichen borussischen Tradition der Revolutionsmißachtung. Es waren freilich nur wenige. Immerhin offenbarte schon die Quantität der Publikationen, häufig waren es Graduierungsarbeiten, daß ein Wandel sich abzuzeichnen begann. Die zu 1848 vorgelegten Arbeiten lagen allein im Jahrfünft zwischen 1918 und 1923/24 wesentlich höher als in den zwei Jahrzehnten von 1898 bis 1918. Überdies begannen sich neue Tendenzen, deren Anfänge bis in die Jahrhundertwende zurückreichten, durchzusetzen.

Auf vier Gebieten lassen sich neue Trends feststellen: *Erstens* nahmen die Arbeiten zur Nationalversammlung, die quantitativ nach wie vor an der Spitze standen, eine neue Qualität an. Es wurden Untersuchungen zu speziellen Problemen in deren Politik vorgelegt. Man suchte erstmals der „institutionellen Revolution“ auf den Grund zu gehen. *Zweitens* verließ die akademische Historiographie den Bannkreis der hohen Politik von Fürsten, Regierungen und Parlamenten und begann, sich auch den Volksbewegungen an der Basis zuzuwenden. Vorreiter auf diesem Felde waren die Lokal- und Landesgeschichtsforschungen. *Drittens* wurden neben dem Vormärz- und 48er Liberalismus auch die linken, demokratischen Strömungen im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Bereich zu einem nicht unbedeutenden Gegenstand der akademischen Forschung. *Viertens* schließlich eroberte sich in der Weimarer Republik auch die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung einen relativ selbständigen Platz in der Vormärz- und 48er Forschung. Das war, so scheint mir, ein erster Aufbruch in der akademischen Arbeiterbewegungsforschung. Eines Mannes Verdienste darum, wie um die Demokratieforschung überhaupt, können nicht hoch genug eingeschätzt werden: Das Wirken von Gustav Mayer, des ersten Engels-Biographen, des Demokraten jüdischer Herkunft, von dem Ernst Engelberg noch sein Dissertationsthema erhielt, aber nicht mehr bei ihm promovieren konnte, weil ihn die Nazis bereits aus dem Wissenschaftsbetrieb vertrieben hatten.

Am deutlichsten kamen die neuen Tendenzen in Veit Valentins 1930/31 erschienenen, bis heute noch nicht überholten zweibändigen Standardwerk „Geschichte der deutschen Revolution 1848/49“ zur Geltung. Valentin resümierte in der ersten umfassenden Gesamtdarstellung die bis dahin gewonnenen Forschungsergebnisse und ging dank eigener Forschungen weit darüber hinaus. Sein Werk durchbrach, obwohl methodologisch in traditionellen Vorstellungen verhaftet, in entscheidenden Fragen das bisherige, von der gesamten akademischen Geschichtsschreibung konzipierte Revolutionsbild. Es hebt sich von allen vorangegangenen Darstellungen durch zweierlei deutlich ab: Valentin setzte erstmals in der akademischen Zunft an die Stelle der Reichsgründung von 1871 den März 1848 als die, wie er schreibt, „große

Geschichtswende der Deutschen im neunzehnten Jahrhundert. Es gibt seitdem Vormärz und Nachmärz“.⁴ Er überwand zumindest partiell auch die bisherige Beschränkung auf die parlamentarisch institutionalisierte Revolution und wies den revolutionären Volksbewegungen einen vorderen Platz im Revolutionsbild zu. Bei aller unübersehbaren Sympathie und Vorliebe fürs Nationalparlament und für die Liberalen stand für ihn das Recht des Volkes auf Revolution außer Frage.

In der Geschichtskultur deuten sich eher noch stärker neue Tendenzen an. Die traditionelle Revolutionsgedenkfeier fand nun am 18. Mai und wie schon 1873 und 1898 in Frankfurt a.M. statt. Von der Stadt Frankfurt veranstaltet und von „Vernunftrepublikanern“ liberaler, demokratischer und namentlich sozialdemokratischer Provenienz getragen, gewann sie vor allem dadurch eine neue gedenkpolitische Qualität, daß an ihr zum ersten Mal offizielle Vertreter des Staates teilnahmen. Namentlich die Anwesenheit des Reichspräsidenten Friedrich Ebert verlieh der Veranstaltung einen gewissen staatsoffiziellen Charakter.

Inhaltlich stand sie im Zeichen einer historischen Kontinuität von 1848 über 1871 zur Weimarer Verfassung von 1919. „Ohne 1848 nicht Bismarcks einiges Reich, ohne 1848 nicht das Reich der freiheitlichen Weimarer Verfassung“ so der Frankfurter Oberbürgermeister Voigt in der Eröffnungsrede.⁵ Die Nationalversammlung und ihr Werk, die Grundrechte und die Reichsverfassung, das war das von den Veranstaltern favorisierte eigentliche 48er Traditionselement. Die Arbeit der Paulskirche, so Friedrich Ebert, wurde damals zwar nicht Wirklichkeit, war aber ein Markstein, der dank der Grundrechte und der Verfassung bis in die Gegenwart hineinreicht. Mehr noch, Ebert zog eine weitergehende, historisch zwar etwas fragwürdige, politisch indes paßgerechte Kontinuitätslinie: Die Männer der Paulskirche „hatten einen Volksstaat auf demokratischer Grundlage zum Ziele. Dieses Ziel wurde damals nicht erreicht, aber wir sind jenen Bestrebungen treu geblieben. Heute haben wir den demokratischen Volksstaat, ein Volk, ein Vaterland.“⁶ Für den Sozialdemokraten waren die – allerdings ans Wirken des Nationalparlaments geknüpften – national-demokratischen Traditionsinhalte entscheidend. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe aktualisierte das 48er Erbe noch deutlicher nach links: Heute habe sich „eine neue Kraft in die Träger des Staates eingereiht, die Arbeiter, das Proletariat“.⁷

Auch publizistisch, wesentlich gefördert durch eine Schriftenreihe „Die Paulskirche“, stand die Propagierung der Nationalversammlung im Mittelpunkt. Man wollte der neuen Republik eine *historisch* verwurzelte parlamentarische Legitimation verschaffen. Neu war in dieser vor allem von bürgerlichen Demokraten wie Wilhelm Külz praktizierten Traditionspflege die nachdrückliche Würdigung der den großbürgerlichen Liberalen unterlegenen demokratischen Linken in der Paulskirche: „Wäre in die Hände derer um Carl Vogt, Ludwig Simon, Robert Blum das Schicksal der Paulskirche gelegt worden, dieses Parlament hätte ein Reich aufgeführt, ausdauernder, inniger gefügt als die Schöpfung Bismarcks, die ‘Blut und Eisen’ nötig hatte,“

⁴ Veit Valentin, Geschichte der Deutschen Revolution 1848-1849, Bd. I, Berlin 1930, S. 339.

⁵ Otto Hörth, Gedenkfeiern 1873-1898-1923, Frankfurt a.M. 1925, S. 63.

⁶ Ebenda, S. 87.

⁷ Ebenda, S. 85.

hieß es in einer Broschüre des Journalisten und Frankfurter Messedirektors Otto Ernst Sutter, der die Jubiläumsfeier angeregt hatte.⁸

Die *Sozialdemokratie*, die sich nun zwar ebenfalls auf die Nationalversammlung berief, hob gleichwohl noch stärker den demokratischen Kern der 1848er Revolution hervor, den sie – nach wie vor in der von der Partei Bebels und Liebknechts begründeten Tradition – an den Volksbewegungen als der eigentlichen Wurzel von Volkssouveränität, Nationalparlament und Reichsverfassung festmachte. Der 18. Mai hatte bei ihr den 18. März noch keineswegs verdrängt. Für die Sozialdemokratie war die Weimarer Republik, deren bürgerliche Grenzen ungenannt blieben, als der so definierte „Volksstaat des einigen und freien Deutschland“ bereits die Erfüllung des Vermächtnisses von 1848. Deutlicher noch hob sich die sozialdemokratische 1848er Gedenkkultur von liberalen und demokratischen Erinnerungen an das Revolutionsjahr durch die Betonung des sozialen Elements, der Rolle der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Revolution ab. Kein Zufall, daß aus der Feder eines sozialdemokratischen Historikers Max Quarck zum Jubiläum (1924) die erste Geschichte der Arbeiterverbrüderung erschien. Auch der 1924 gegründete und von Sozialdemokraten dominierte Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold berief sich ausdrücklich auf den „Geist von 1848“ und suchte diese Tradition mit der Pflege des Weimarer Verfassungstages (des 11. August) zu verbinden.

Auch die *Kommunisten* betrachteten die Beseitigung der Monarchie durch die Novemberrevolution als einen Akt demokratischer Korrektur der Reichsgründung von 1871. Doch weigerten sie sich wegen des kapitalistischen Charakters der Republik vehement, Weimar als Erfüllung von 1848er Revolutionszielen zu akzeptieren. Sie kehrten im Gegenteil – sicher über Gebühr – die bürgerlichen Grenzen der Weimarer Republik heraus und suchten entsprechend ihrer weltrevolutionär-kommunistischen Zielsetzung das Jahr 1848 vor allem damit in Beziehung zu setzen. Ihr Bekenntnis zur Revolution von 1848 verband sich mit der Berufung auf das im gleichen Jahr erschienene „Kommunistische Manifest“. Auch hielten die Kommunisten fest an der bis 1900 von der Sozialdemokratie vorgenommenen Verknüpfung von bürgerlich-demokratischer deutscher Märzrevolution und proletarischer Pariser Revolution vom 18. März 1871. Sie interessierten sich vor allem für die proletarisch-sozialistischen Bestrebungen in der achtundvierziger Revolution, gedachten besonders der Pariser Juniinsurrektion und rückten unter diesem Aspekt den europäischen Charakter der 1848er Revolutionsbewegung, gleichsam als einen Vorläufer der anvisierten Weltrevolution, in den Vordergrund.

Der 75. Jahrestag offenbarte also im Hinblick auf die 1848er Gedenkkultur neue Aspekte. Die Revolution spielte zum ersten Mal eine größere Rolle auch in der offiziellen politischen Öffentlichkeit. 1848er Traditionspflege war nicht mehr nur die Domäne der Arbeiterbewegung. Allerdings vollzog sich mit der schrittweisen Anerkennung der Revolution als Erbe durch bürgerliche Kräfte auch eine Schwerpunktverlagerung vom 18. März auf den 18. Mai, von den von der Arbeiterbewegung favorisierten Volksbewegungen auf das Nationalparlament und sein Werk, die Reichsverfassung. Schließlich ist erstmals deutlich eine der parteipolitischen

⁸ Ernst Otto Sutter, *Die Linke in der Paulskirche*, Frankfurt a.M. 1924, S. s. 10f.

Ausformung der Gesellschaft entsprechende weitergehende geschichtskulturelle Differenzierung in der 1848er Traditionspflege nicht zu verkennen.

*

Zentenarien sind in der Geschichte stets besondere Ereignisse. Sie werden von der Gesellschaft in der Regel intensiver begangen. Das galt auch und gerade für den 100. Jahrestag 1948. Dies um so mehr, als wiederum eine neue geschichtliche Situation entstanden war. Die Jahrhundertfeier, drei Jahre nach Kriegsende und der Zerschlagung des Faschismus, war beherrscht von zwei historisch-politischen Problemen, und zwar in Ost und West.

Zum einen mußte die Erinnerung an 1848 jetzt zwangsläufig verbunden werden mit einer kritischen Bilanz der letzten 100 Jahre deutscher Geschichte, mit einer Abrechnung mit dem, was von den einen bald „deutscher Sonderweg“ genannt wurde und die anderen als „deutsche Misere“ bezeichneten: mit von der Reaktion geprägten, wesentlich antidemokratischen Entwicklungen, die in die bisher tiefste Katastrophe Deutschlands geführt hatten.

Zum anderen drohte infolge gegensätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungen akut der Verlust der nationalen Einheit des Landes. Die nationale Frage wurde daher überall vordergründig, indes mit unterschiedlicher politischer Zielsetzung thematisiert. Man darf nicht vergessen, daß der kalte Krieg zwischen Ost und West bereits voll im Gange war. Die politische Polarisierung war auch in der Geschichtskultur, bei der Rezeption der 48er Revolution nicht zu verkennen. Jede politische Richtung beschwor zwar die Bewahrung der Nation als Vermächtnis von 1848. Aber außer diesem allgemeinen Bekenntnis zur nationalen Einheit gab es zwischen Ost und West keine Gemeinsamkeiten.

Noch kein Jubiläum zuvor hatte so viele historisch-politische Aktivitäten zu verzeichnen wie der hundertste Jahrestag. Alle Parteien und andere politisch oder kulturpolitisch engagierte Organisationen sahen sich zu Stellungnahmen veranlaßt. In zahlreichen Städten fanden spezielle Ausstellungen statt, in Berlin allein vier. Die DEFA wartete mit einem Gedenkfilm auf: „Und wieder 48“. Ungezählt waren die Broschüren und wissenschaftlich-populären Arbeiten, die in diesem Jahr zum Revolutionsereignis erschienen. Sämtliche Landesregierungen publizierten Vorträge, Erinnerungsmaterialien und Revolutionsdokumente; mancher Reprint erblickte das Licht der Welt; die Schulbehörden gaben Richtlinien für die Behandlung des Themas 1848/49 im Unterricht heraus. An den meisten Universitäten fanden akademische Festakte zu Ehren des Revolutionsjubiläums statt, so auch in Jena, wo Karl Griewank die Festrede hielt. Die Studenten aller deutschen Universitäten kamen zur Erinnerung an das 1848er Wartburgtreffen am 12. Mai auf der Wartburg zusammen. Gänzlich neu auf geschichtspolitischem Felde: Gedacht wurde diesmal nicht nur des 18. Mai in Frankfurt, sondern – erstmals offiziell – auch des 18. März in Berlin. Otto Suhr enthüllte im Namen des Berliner Magistrats im Friedrichshain einen Gedenkstein für die gefallenen Barrikadenkämpfer, dessen Text der bekannte Jurist Peter Alfons Steiniger entworfen hatte:

„Das Denkmal habt ihr selber euch errichtet,
Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein,
Daß unser Volk niemals darauf verzichtet,
Wofür ihr starbt: Einig und frei zu sein.“

Der Inhalt der Gedenkveranstaltungen in Ost und West machte die Gegensätzlichkeiten in der 1848er Erinnerungskultur kenntlich. Schon der Zeitpunkt der Feiern gab Auskunft, welche Schwerpunkte gesetzt wurden: 18. März oder 18. Mai, Parlament oder Märzrevolution war die Gretchenfrage.

So waren die Jahrhundertfeiern in der sowjetischen Zone und in Ostberlin – die ganz in der Tradition der alten deutschen Sozialdemokratie und der KPD der Weimarer Republik standen – fast ausschließlich der Märzrevolution, mit dem Berliner 18. März als Höhepunkt, gewidmet. Die Frankfurter Nationalversammlung blieb mehr oder weniger am Rande, ja ausgeklammert, was allerdings nicht bedeutete, daß die Kritik am Verhalten des deutschen Großbürgertums in der Revolution vernachlässigt wurde. Diese ist im Gegenteil nachhaltig artikuliert worden. Der politische Kern des Gedenkens von 1848 in der Ostzone war die Legitimation des bereits vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses als, wie man sagte, Zuendeführung der 48er Revolution und der mit ihr begonnenen bürgerlich-demokratischen Umwälzung. „Wir werden vollenden, was sie begannen“, so formulierte es Wilhelm Pieck auf einer Massenkundgebung am 18. März 1948.⁹

In den Westzonen hingegen – ausgenommen in Westberlin, wo am 18. März vor dem Reichstagsgebäude eine Gegenveranstaltung zu der in Ostberlin stattfand – wurde der 18. März unbeachtet gelassen. Bayern und Hamburg votierten sogar für einen gänzlichen Verzicht auf das Revolutionsgedenken, da 1848 „keine bedeutende Umwälzung“ gewesen sei. Die eigentliche Revolutionsfeier fand in den Westzonen am Eröffnungstag der Nationalversammlung am 18. Mai in der Paulskirche statt. Man berief sich auf den 1848 begründeten Parlamentarismus und auf die Grundrechte. „Die Aktionen des Volkes werden dem Prinzip des Parlamentarismus vollständig subsumiert – als dessen nicht ganz geheures Vorspiel.“¹⁰ Die Verwirklichung einer parlamentarischen Repräsentativdemokratie und die „Verwestlichung“ der politischen Verhältnisse, wie es damals vor allem von Hans Rothfels formuliert wurde¹¹, erschienen hier als Erfüllung des Vermächtnisses von 1848. Die Aktionen des Volkes blieben demgegenüber weitgehend ausgeblendet.

Die Geschichtsschreibung unterlag wie die öffentlichen Feiern gleichermaßen den außerwissenschaftlichen gesellschaftspolitischen Problemlagen. Ein Bruch mit der liberal-konservativen Sicht auf die Revolution fand in den Westzonen nicht statt. Auch blieb man immer noch auf das Jahr 1871 fixiert. Doch erschien das liberale Bürgertum nun präziser als zentrale Figur der Revolution. Dessen Politik der parlamentarischen Kanalisierung der Revolution und der Vereinbarungen, des Ausgleichs mit dem Adel, sowie der Eindämmung und der Abwehr aller revolutionär-demokratischen Vorstöße wurde weitgehend gerechtfertigt.

Neu war – auch für die geschichtskulturelle Szene in Deutschland – die sich formierende marxistische Geschichtsschreibung in der sowjetischen Besatzungszone. Sie rückte – den Traditionen der Historiker der Arbeiterbewegung folgend – an die Stelle des bürgerlich-liberalen Favoriten „Paulskirche“ drei Aspekte in den Mittelpunkt: *Erstens* wandte sie sich den realen

⁹ Neues Deutschland, 19.3.1948.

¹⁰ Helmut Hartwig/Karl Riha, Politische Ästhetik und Öffentlichkeit. 1848 im Sopalungsprozeß des historischen Bewußtseins, Fernwald 1974, S. 15.

¹¹ Hans Rothfels, Betrachtungen im Abstand von hundert Jahren, Darmstadt 1972, S. 31, 43.

revolutionären Auseinandersetzungen des Jahres 1848/49, insbesondere den Aktionen der Volksklassen zu. *Zweitens* zeigte sie besonderes Interesse an der Rolle der Arbeiter und der Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Revolution, namentlich am Wirken von Marx und seinen Anhängern. *Drittens* beschäftigte sich die marxistische Revolutionsforschung – wie die traditionelle auch, nur mit entgegengesetzten Bewertungskriterien – mit der Haltung der liberalen Bourgeoisie in der Revolution. Genannt seien hier vor allem zwei Arbeiten von Karl Obermann: die Dokumentation "Einheit und Freiheit"¹² und seine „Geschichte der Arbeiter in der deutschen Revolution“¹³, sowie Gerhard Schilferts 1952 veröffentlichte Habilitationsschrift über das demokratische Wahlrecht in der deutschen Revolution.¹⁴

In allen drei Punkten wirkte die marxistische Revolutionsforschung als Herausforderung auf die traditionelle deutsche Geschichtswissenschaft. Zugleich hafteten ihr zunächst wesentliche Mängel an. Die Behandlung der Arbeiter war nicht frei von Überhöhungen und verklärenden Überzeichnungen. Auch wurde der Einfluß von Marx und Engels überdimensional untersucht, die Arbeiterverbrüderung hingegen vernachlässigt. Der totalen Verdammung der Volksbewegungen durch die traditionelle Historiographie war nicht recht beizukommen mit einer ebenso totalen Positivbewertung der Rolle der Massen in der Revolution. Deren Grenzen, politische Unreife und Verführbarkeit durch die Konterrevolution wurden nicht thematisiert. Die anfänglich gänzlich unkritische Rezeption Marx-Engelscher Urteile über die 1848er Liberalen und Demokraten führte zu oft pauschal grobschlächtigen Negativbewertungen dieser beiden politischen Hauptströmungen in der Revolution. Diese wurden erst dank intensiverer Detailforschungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sukzessive abgebaut und wichen einem differenzierteren Bild.

*

Der 125. Jahrestag 1973 fiel in die Hochzeit der deutschen Zweistaatlichkeit, in eine Zeit, in der auch zwei deutsche Geschichtswissenschaften existierten und miteinander konkurrierten. Der „Streit um das Erbe“ – ein, so meine ich, treffender Begriff, den der Kölner Historiker Günter Wollstein damals prägte¹⁵ – war in vollem Gange, auch und gerade um das Jahr 1848. Denn *beide* deutsche Staaten suchten natürlich, auch wenn dies nicht selten bestritten wird, in dieser Revolution historische Legitimation.

Das Revolutionsgedenken war verständlicherweise nicht annähernd so umfangreich wie ein Vierteljahrhundert zuvor. Und es gab auf geschichtskulturellem Felde gegenüber 1948 auch scheinbar nichts Neues. Gleichwohl zeichneten sich in der Forschung in Ost und West im Ansatz bereits höchst bedeutsame neue Tendenzen ab.

In der *DDR* feierte man wie eh und je den 18. März und ließ die Nationalversammlung noch mehr oder weniger links liegen. Dennoch kündigten sich Wandlungen in der Erinnerungskultur

¹² Karl Obermann, Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849 in zeitgenössischen Dokumenten dargestellt, Berlin 1950.

¹³ Karl Obermann, Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution, Berlin 1950; zweite verbesserte und erweiterte Auflage unter dem Titel: Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848, Berlin 1953.

¹⁴ Gerhard Schilfert, Siweg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen revolution 1848/49, Berlin 1952.

¹⁵ Günter Wollstein, 1848 – Streit um das Erbe. In: Neue Politische Literatur, 1975, H. 4, S. 491ff. und 1976, H. 1, S. 89ff.

an. Die mit der Zwei-Nationen-Doktrin zwangsläufig verbundene Marginalisierung der nationalen Frage wurde kompensiert durch eine stärkere Betonung der sozialen Verbindungsfäden zwischen der bürgerlichen Revolution von 1848 und dem – wie es hieß – siegreichen Sozialismus auf deutschem Boden. Das war verbunden mit einer Aufwertung der Revolution als Ganzem. Nicht mehr die Folgen der Niederlage, das Scheitern allein, sondern auch die positiven mittel- und langfristigen Wirkungen wurden nun hinterfragt. Auch begann man, nicht nur demokratische und proletarische Traditionen von 1848 zu pflegen, sondern auch die Bestrebungen des liberalen Bürgertums als ein – bei aller Kritik – positiv zu würdigendes Erbe der neuen Gesellschaft anzunehmen. Diese Tendenzen setzten sich freilich erst in den 1980er Jahren voll durch. Die zum Jahrestag 1973 erschienene „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49“¹⁶ spiegelte erste Fortschritte und noch vorhandene Grenzen des sich wandelnden Revolutionsbildes in der DDR

In der Bundesrepublik stand demgegenüber die Nationalversammlung nach wie vor hoch im Kurs und blieben die revolutionären Kämpfe des Volkes immer noch weitgehend unbeachtet. Und das, obwohl Gustav Heinemann als geschichtsbewußter Bundespräsident, der sich demokratischen Traditionen verpflichtet wußte, bereits an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren gefordert hatte, die revolutionären Traditionen nicht der DDR zu überlassen, sondern dieses Erbe in das Traditionsverständnis der Bundesrepublik einzubringen. Die seit 1969 regierende sozial-liberale Koalition traute sich jedoch nicht, Heinemanns Forderung auch erinnerungspolitisch umzusetzen, mit dem Tabu Paulskirche zu brechen und statt dessen oder wenigstens zusammen mit dem Parlament auch die Revolution der Straße zu feiern. „Noch heute wirkt in der Bundesrepublik nach“, hieß es damals in der „Frankfurter Rundschau“, „daß einst das offizielle Deutschland von Kaiser Wilhelm II. bis Friedrich Ebert die Revolution wie die Sünde haßte. Während vor zwei Jahren die Jahrhundertfeier der Reichsgründung mit offiziellem Pomp begangen wurde, wird die 125-Jahr-Feier der Revolution von 1848/49 ins Kulturprogramm abgeschoben“; man habe „bislang die Revolution als ‘Volksbewegung’ kaum zur Kenntnis genommen und sie schon gar nicht als glücklichere Alternative zur tatsächlichen deutschen Geschichte anerkannt“.¹⁷

Eins setzte der Bundespräsident Heinemann allerdings durch, die Einrichtung eines Revolutionsmuseums in Rastatt, in der Stadt, dessen Festung die letzte Bastion der deutschen Revolution beherbergt hatte. Es wurde zum Jahrestag eröffnet.

In der Forschung der BRD begannen jüngere Historiker, den Anregungen Heinemanns folgend, die Parlaments-Barriere zu durchbrechen. Vor allem die nun aufkommende Aktions-, Konflikt- und Protestforschung nahm sich der radikalen Demokratie, der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegungen an. Eine Hinwendung zur 1848er „Revolution der Straße“ und zu den demokratischen Organisationsbestrebungen setzte ein; und selbst Kritik am Versagen des Liberalismus kam erstmals zu Wort.

¹⁶ Autorenkollektiv: Walter Schmidt, Gerhard Becker, Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Siegfried Schmidt, Rolf Weber, Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, Berlin ¹1973, ² 1975, 3. ergänzte und überarbeitete Aufl. 1988.

¹⁷ Joachim Paschen, Sündenfall Revolution? 1848 aus der Sicht der DDR-Historiker. In: Frankfurter Rundschau, 4.8.1973.

Während sich Forschungsinteresse wie gedenkkulturelle Bemühungen in der DDR – grob gesprochen – von der äußersten Linken und den revolutionären Bewegungen zur gesamten Demokratie und schließlich zum Liberalismus hin, gleichsam von links nach rechts und von unten nach oben, weiteten, ging die bundesdeutsche Forschung den umgekehrten Weg. Und auch dies verdient festgehalten zu werden. Der politisch determinierte Erbschaftsstreit der beiden deutschen Staaten um 1848 zeitigte produktive Wirkungen für die Revolutionsforschung, wie für die Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur. Wie Heinemanns Aufforderung zur Integration revolutionär-demokratischer Elemente ins Traditionsverständnis der Bundesrepublik, aber auch die Entdeckung der „Revolution der Straße“ durch die bundesdeutsche Forschung wohl ohne den Druck der DDR-Traditionspflege nicht vollends zu verstehen sind, so war die Ausdehnung der DDR-Erbesicht auf die ganze 1848er Demokratie und vor allem auf den Liberalismus sowie die einsetzende Wertschätzung des Nationalparlaments fraglos auch eine Reaktion auf westdeutsche differenzierende Schwerpunktsetzungen. Man regte sich gegenseitig an und provozierte neue Fragestellungen. Von beiden Seiten wurden Beiträge zu einem tieferen Verständnis der Revolution geliefert. Dieter Langewiesche, einer der führenden bundesdeutschen 1848er Revolutionsforscher schrieb 1983 mit Blick auf die Forschungen in beiden deutschen Staaten: „Das heutige Revolutionsbild ist nicht politisch neutral, aber es bietet viele Facetten, die zum Teil sich ergänzen, zum Teil aber auch miteinander konkurrieren. Diese Vielfalt an Informationsangeboten mag Leser, die nach bündigen Urteilen suchen, verwirren; sie enthält aber auch die Chance, ein Revolutionsbild entstehen zu lassen, das sich eindeutig politischen Vereinnahmungen widersetzt.“¹⁸

Der 150. Jahrestag vor zwei Jahren hat sich unter all den bisherigen Jubiläumsjahrestagen in der Geschichtskultur fraglos einen besonderen Platz erobert; und dies obwohl es das Revolutionsereignis unter der Vielzahl runder Jahrestage (350 Jahre Westfälischer Frieden, 100. Todestage von Fontane und Bismarck, 50 Jahre Luftbrücke und D-Mark und 30 Jahre 1968er Bewegung) gedenkpolitisch nicht leicht hatte, zu bestehen. Nahezu alle großen Zeitungen widmeten dem Revolutionsjubiläum vor allem im März, April und Mai 1998 umfangreiche Artikel. Zahlreiche Ausstellungen zum Revolutionsgeschehen von 1848/49 wurden eröffnet. Ein ganz unvollständiges Verzeichnis der veröffentlichten Kataloge zählt gut 20 durchweg gehaltvolle Bücher. Ein Verbundprojekt von sieben Städten in Rheinland-Westfalen stellte zusammen mit den Archiven in Düsseldorf und Münster 12 Revolutionsexpositionen vor; Wuppertal allein vier. Marburg brachte es ebenfalls auf vier Ausstellungen. Ungezählt sind die lokalen und regionalen Veranstaltungen, die Vortragsreihen, Revolutionsfeiern, Musikabende und historischen Stadtführungen zum Revolutionsjubiläum. Der baden-württembergische Revolutionsalmanach verzeichnete in 150 Städten und Gemeinden weit mehr als 600 Erinnerungsveranstaltungen zu 1848/49. Frankfurt am Main gab verständlicherweise einen besonderen „Festwochen-Almanach“ heraus.

¹⁸ Dieter Langewiesche, Einleitung. Das Revolutionsbild im politischen Wandel. In: Ders. (Hrsg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, S. 11.

Das Gedenken an 1848 wurde – in den einzelnen Regionen freilich mit sehr unterschiedlicher Gewichtung – in der Öffentlichkeit durchaus zu einem zentralen geschichtskulturellen Anliegen. Dazu trug nicht zuletzt sicher auch der Umstand bei, daß mit der staatlichen Vereinigung Deutschlands sichtlich neue Rahmenbedingungen für die Revolutionserinnerung entstanden. Es könnte scheinen, als ob sich der seit eineinhalb Jahrhunderten währende und namentlich in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit dominierende gegensätzliche geschichtspolitische Umgang mit dem Erbe von 1848, der so genannte Erbschaftsstreit, erledigt hat. Und manch eine der Bilanzen, die schon gezogen wurden, sucht diesen Eindruck zu erwecken. Daß dem so nicht ist, wird deutlich, wenn man nach den Tendenzen der 1848er Revolutionserinnerung in der öffentlichen Geschichtskultur fragt. Sechs Aspekte fallen vor allem ins Auge.

Als *erstes* ist nicht zu übersehen, daß – im Gegensatz zum 19. Jahrhundert, aber auch anders als 1923, 1948 und selbst 1973 im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik wie in der DDR – die achtundvierziger Revolution *in ihrer widersprüchlichen Ganzheit* zunehmend als ein positives, progressives, der Erinnerung und Pflege wertiges Ereignis der deutschen Geschichte von der Gesellschaft erstmals akzeptiert zu werden scheint. Daß die DDR in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz ein durchweg positives Verhältnis zur „Revolution der Straße“ entwickelt hatte und in der Gedenkkultur das Land zur Geltung brachte, blieb, so glaube ich, nicht ohne Einfluß auf die deutsche Geschichtskultur und scheint auf die eine oder andere Weise auch im geeinten Deutschland nachzuwirken. Der Umgang mit der Revolution, auch mit den Aufständen, Barrikadenkämpfen, revolutionären Militäraktionen, Unruhen und Emeuten, ist jedenfalls – bei zum Teil beträchtlichen Unterschieden in den verschiedenen Landesteilen und auf den verschiedenen Ebenen der politischen Öffentlichkeit –, interessanterweise vor allem in den alten Bundesländern, unbefangener geworden. 1848 hat im öffentlichen, auch offiziellen Geschichtsverständnis, so will mir scheinen, das Reichsgründungsjahr 1871, wenn nicht schon verdrängt, so zumindest zurückgedrängt. Veit Valentins Sicht scheint sich durchzusetzen. Und auch Gustav Heinemann widerfährt Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Immerhin war die Revolutionsgedenkfeier am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche 1998 eine offizielle Angelegenheit des Staates. Die Festrede hielt der Bundespräsident. Erstmals war auch, daß die Revolution im deutschen Nationalparlament, dem Bundestag, offiziell gewürdigt wurde.

Zweitens. Im Hinblick auf den Inhalt des Revolutionsverständnisses traten in Politik und politischer Öffentlichkeit gleichwohl wesentliche Unterschiede zutage, die es zweifelhaft erscheinen lassen, daß mit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit alle Gegensätze in der 1848er Erinnerungskultur ausgeräumt sind. Bei aller Akzeptanz der achtundvierziger Revolution als des Höhepunkts deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert taten sich – wie in den vergangenen eineinhalb Jahrhunderten – nach wie vor gravierende Differenzen in der Schwerpunktsetzung der 1848er Traditionen auf.

Inhaltlich wurde bei den *staatsoffiziellen Jubiläumsveranstaltungen* ein Wandel im Herangehen an 1848 kaum sichtbar; da blieb unverändert die herkömmliche Orientierung auf

Parlament und Reichsverfassung charakteristisch. Deutlich artikulierend, daß „wir ... für unser eigenes Selbstbewußtsein, für die Identität unseres Gemeinwesens sehr wohl auswählen, auf welche Traditionen wir uns berufen und an welche wir anknüpfen wollen“, also bewußte Traditionsauswahl und -pflege befürwortend, entschied sich Roman Herzog nicht – wie einst Gustav Heinemann – für die 1848er Volkserhebungen und -bewegungen „von unten“, sondern rückte wie – eh und je bei staatsoffiziellen Äußerungen in der Bundesrepublik – den Parlamentarismus und die liberalen Prinzipien von 1848 ins Zentrum, die von der Paulskirche formuliert und vertreten worden seien. Die „Paulskirchen-Verfassung“ feierte er als „Urahnin aller folgenden deutschen Verfassungen“.¹⁹

Auch in der Bundestagsdebatte wurden die Kämpfe des Volkes kaum gewürdigt. Lediglich Uwe-Jens Heuer als PDS-Vertreter brachte sie ins Spiel, indem er darauf verwies, daß erst die revolutionären Taten der Arbeiter, Handwerker und Studenten im März 1848 das Werk der Paulskirche möglich gemacht haben, und anmahnte: „Wir sollten auch ihrer heute gedenken, so wie das die Berliner Stadtverordnetenversammlung vor 50 Jahren – 1948 geschah dies übrigens einmütig – tat.“²⁰

Die offizielle Politik blieb – in auffälligem Gegensatz zur Revolutionserinnerung an der süd- und westdeutschen Basis – also ganz in der Kontinuität früherer bundesdeutscher 1848er Jubiläen.. Im Zentrum stand hier der 18. Mai und nicht der 18. März. Als bewahrenswertes Erbe von 1848 wurde für die Bundesrepublik nach wie vor vorrangig das Werk der Frankfurter Paulskirche betrachtet. Die Märzrevolution blieb hingegen – nicht selten auch in der Presse – marginalisiert.

Die „nationale“ Revolutionsfeier fand auch in diesem Jahr nicht am 18. März und nicht in Berlin statt, sondern am 18. Mai, dem Eröffnungstag der ersten deutschen Nationalversammlung, und in Frankfurt. Die zentrale Revolutionsausstellung „1848 – Aufbruch zur Freiheit“ wurde ebenfalls in Frankfurt und nicht in Berlin veranstaltet, obwohl das Deutsche Historische Museum der Bundesrepublik in der alten und neuen deutschen Hauptstadt seinen Sitz hat. Die ursprüngliche Absicht, in Frankfurt und Berlin zwei gleichberechtigte Ausstellungen zu veranstalten, scheiterte, wie man hört, an der Absage des Berliner Zentralmuseums und seines Direktors Stölzel, des neuen Berliner Kulturssenators. Damit wurde eine Chance vergeben, nämlich erstmals Märzrevolution und Frankfurter Parlament gleichermaßen als legitime 1848er Traditionselemente ins öffentliche Bewußtsein zu heben, ein Aspekt, der mir besonders wichtig erscheint. Das würde Normalität im Umgang mit dem Revolutionserbe signalisieren. Aber: Berlin ist auch im geeinten Deutschland für das offizielle Geschichtsverständnis immer noch kein Zentralort für 1848er Tradition.

In offizieller Sicht erscheinen nicht die elementaren demokratischen Volksbewegungen von 1848/49, sondern der 1848 in der Tat erstmals im nationalen Rahmen praktizierte Parlamentarismus als bewahrenswerte Revolutionstradition, .rangiert die im Parlament institutionalisierte Revolution nach wie vor deutlich vor der Volksrevolution. Trotz einer

¹⁹ Roman Herzog, Ein neues Zeitalter der Demokratie. In: Das Parlament, Nr. 24, 5.6.1998, S. 10.

²⁰ In: Ebenda, S. 8.

inzwischen beeindruckend umfang- und ergebnisreichen Forschungsliteratur zur 1848er „Revolution der Straße“ dominiert die „Paulskirche“ immer noch den „Friedrichshain“.

Gegen die nachdrücklichen Bestrebungen in der jüngeren sozialgeschichtlich orientierten Historikerschaft und namentlich in der Erinnerungskultur des deutschen Südwestens und auch des Rheinlands, die revolutionären Aktivitäten von unten stärker ins Spiel zu bringen und im Sinne Heinemanns als demokratische Traditionselemente zu akzeptieren und zugleich einigen der radikaldemokratischen Protagonisten mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hat der Verantwortliche für die zentrale Revolutionsausstellung in Frankfurt am Main, der Historiker Lothar Gall entschieden Front gemacht. Er wandte sich gegen das namentlich im deutschen Südwesten festzustellende Phänomen eines „mystisch-verklärende Züge tragenden Hecker-Kultes“; womit, wie er meint, „ein entschiedener Gegner des parlamentarischen Mehrheitsprinzips und damit des Herzstücks eines demokratischen Verfassungsstaates auf den Schild gehoben“ werde.²¹ Nicht der 18. März, sondern der 18. Mai 1848 war ein „großer Tag der deutschen Geschichte“. Allein das Parlament ist in seiner Sicht zur Gewährleistung demokratischen Fortschritts berechtigt. Revolutionärer Druck von unten sowie alle Versuche, die revolutionären Prozesse zur Sicherung und zum Ausbau der Märzerrungenschaften in Gang zu halten und auch mit Gewalt voranzutreiben, werden als ausschließlich kontraproduktiv gewertet.

Wie Anfang der siebziger Jahre Theodor Schieder vor Heinemanns Forderung warnte, den revolutionären Freiheitsbewegungen des Volkes größere Aufmerksamkeit zu schenken, so sucht nun Lothar Gall die gegenwärtigen Tendenzen einer Aufwertung radikaldemokratischer Kräfte und ihre Integration ins Traditionsgut der deutschen Gesellschaft in Frage zu stellen und allein dem Parlamentarismus der Paulskirche Traditionswürdigkeit zuzugestehen. Das Revolutionsgedenken ist auch nach 150 Jahren immer noch gespalten.

Drittens. Die offenkundige Schiefelage in der 1848er Erinnerungskultur wurde noch dadurch verschärft, daß das offizielle Berlin – der Senat also – schlicht versagte und sich geradezu revolutionsabstinent verhielt. Die wiederholt beklagte deutsche „Traditionsvergessenheit“, natürlich nur gegenüber demokratischem Erbe, erreichte hier einen Gipfel, zumal wenn man Berlin mit anderen deutschen Regionen, insbesondere mit den auch von der dortigen Landespolitik nachhaltig geförderten Aktivitäten im südwest- und westdeutschen Raum vergleicht. Mehr als eine offizielle Kranzniederlegung im Friedrichshain kam in Berlin nicht zustande.

Was hier zum 18. März geschah, war nahezu ausschließlich Initiativen von unten zu verdanken, vor allem der „Aktion 18. März“, die seit Jahrzehnten sich um die Berliner 48er Traditionspflege bemüht und immer wieder, freilich erfolglos, Anlauf nahm, um den 18. März zum deutschen Nationalfeiertag zu erklären. Ihr Verdienst war ein Gedenkzug vom Tiergarten, wo 1848 die großen Berliner Volksversammlungen vor den Toren der Stadt stattfanden, zum Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain; und als nun bleibendes Ergebnis die schon erwähnte Umbenennung des westlichen Platzes am Brandenburger Tor.

²¹ Lothar Gall, Ein großer Tag der deutschen Geschichte. Am 18. Mai trat die erste deutsche Nationalversammlung zusammen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.1998, S. 15.

Der Senat war zunächst nur bereit gewesen, einer kleinen, schäbigen, immer noch recht ungepflegten Ecke in der Nähe der alten Singakademie, dem sog. Festungsgraben, diesen Ehrennamen zu verleihen.

Von einem Volksfest zu Ehren der Revolution wie anderswo in deutschen Landen war in Berlin nie die Rede. Das Revolutionsgedenken blieb im Saale und war dort mit einer gewiß bemerkenswerten wissenschaftlichen Veranstaltung Sache der Berlin-Brandenburgischen Akademie sowie eines Forums der Historischen Kommission der SPD. Daneben gab es einige kleine Expositionen, von Bezirksmuseen organisiert, sowie Kolloquien und Vortragsserien, die finanzschwache Bildungsvereine auf die Beine stellten, schließlich mehrere Publikationen.²²

Viertens. Im diametralen Gegensatz dazu steht die Revolutionserinnerung im deutschen Südwesten, in Baden und Württemberg zumal, aber auch in Rheinland-Pfalz und im Rhein-Main- und Neckarraum wie in der ehemaligen preußischen Rheinprovinz. Hier nahm sich die Öffentlichkeit schon seit Herbst 1997 in bislang in Deutschland nicht gekannter Intensität und Breite des Revolutionsgedenkens an. Es scheint, als habe die 1848er Revolution in ihrer Gänze in sog. dritten Deutschland inzwischen Heimatrecht erhalten. Auch hier ging die Initiative, wie eine Studie über Offenburg nachgewiesen hat,²³ von unten aus. Aber – und das eben war neu – die Stadtverwaltungen und die Landesregierungen zogen mit. Baden-Württemberg stellte 5 Millionen für das Revolutionsjubiläum zur Verfügung. Vor allem die Städte und Gemeinden waren erfolgreich bemüht, die Erinnerung an 1848/49 zu einer Sache breiter Bevölkerungskreise zu machen. Jeder Ort feierte in Baden seine Revolutionäre. Hier wurde besonders deutlich, daß anders als 1973 oder 1948 ein unverkrampfter öffentlicher Umgang mit dem ganzen Revolutionserbe Platz greift. In den südwestdeutschen, auch offiziellen Äußerungen zum Revolutionsjubiläum klangen neue, von der Forschung freilich bereits seit den endsiebziger Jahren angerissene Akkorde an. Auch die Demokraten, selbst die radikaler Färbung wie Hecker und Struve, erhielten einen Ehrenplatz in der historischen Ahnengalerie. Heinemann konnte hier zumindest triumphieren !

Sicher war den Revolutionsfeierlichkeiten im deutschen Südwesten eine Tendenz zur Entpolitisierung, Harmonisierung und vor allem Kommerzialisierung eigen. Folklore wurde groß geschrieben, die Revolution touristisch vermarktet. Man schwang Heckerhüte, verkaufte Jubiläums-„T-Shirts 1848“, schenkte Revolutions-Wein aus. Revolutionsmenüs zierten die Speisekarten; in Frankfurt wurde ein „Paulskirchen-Wochenende“ als touristische Attraktion präsentiert. In Baden aber empfahl ein Wanderbüchlein als Wanderrouten eben *auch* den „Weg der Revolutionäre“ aus den beiden badischen Aufständen und der Reichsver-

²² Die wichtigste Jubiläumsveröffentlichung zur Berliner 1848er Revolutionsgeschichte ist das Werk von Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997; ferner sind zu nennen: Bärbel Holtz und Dieter Wegert (Hrsg.), Frei und einig!. Porträts aus der Revolution von 1848, Berlin 1998; Heinz Warneke, Barrikadenstandorte 1848. Ein Beitrag zur Berliner Heimatkunde, Berlin 1998; Bernd Hildebrandt (Hrsg.), Volksversammlungen in den Zelten. Kinderstube der Demokratie, Berlin 1998; Kurt Wernicke, Vormärz – März – Nachmärz. Studien zur Berliner Politik- und Sozialgeschichte, Berlin 1999.

²³ Hans-Joachim Fliedner, Eine Stadt erinnert sich. Versuch einer lokalen Aufarbeitung des Erinnerens an die Demokratiebewegung 1847 bis 49. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, Karlsruhe 1998, S. 195ff.

fassungskampagne; und eine „Zeit-Zug 1848“ benannte „rollende Wanderausstellung“, die auch nach Berlin kam, vermittelte neben zahlreichen örtlichen Expositionen ein beeindruckendes Bild von der Revolution im deutschen Südwesten.

Man geht hier unübersehbar neue Wege der Wiederaneignung des Revolutionserbes. Nicht selten hört man den Vorwurf, da werde platter Gedenkrummel inszeniert. Da mag etwas dran sein. Aber es sei zur Vorsicht vor vorschnellen Urteilen gemahnt. Kommerzialisierung ist nun mal ein Wesenselement der Gesellschaft, in der wir leben. Erinnerungskultur wird sich dem schwerlich ganz entziehen können. Und ein weiteres soll bedacht sein. Wie soll heute eine Revolution als Tradition gepflegt werden, wenn sie nicht nur von einer intellektuellen oder politischen Elite verinnerlicht, sondern von größeren Teilen der Bevölkerung auf- und angenommen werden soll? Auch spielt natürlich der Inhalt eine Rolle. Wenn man demokratische Traditionen des Volkes, Aktionen der unteren Schichten der Bevölkerung, ihre politischen und sozialen Emanzipationsbestrebungen erschließen und heutigen Generationen nahebringen will, warum soll da auf „volkstümliche“ Formen der Rezeption historischen Wissens verzichtet werden? Warum sollen solche Formen historischen Erinnerns nur Ereignissen der mittelalterlichen Geschichte, Adelsfehden, stadtgeschichtlichen Vorgängen und unseligen Militärtraditionen vorbehalten bleiben?

Überblickt man den öffentlichen gedenkpolitischen Umgang mit 1848 in Deutschland im 150. Jubiläumjahr, dann fällt ein klares Südwest-Nordost-Gefälle ins Auge. Während der deutsche Südwesten, namentlich Baden-Württemberg, die Revolutionserinnerung erstmals zu einer Sache breiter Bevölkerungsschichten machte und auch Rheinland-Pfalz, der Rhein-Main-Neckar-Raum und Nordrhein-Westfalen in zahlreichen Ausstellungen und Gedenkveranstaltungen das Revolutionserbe zum Teil auf neue Art nahezubringen suchten, blieben der Norden und Osten Deutschlands mit Erinnerungsaktivitäten in der politischen Öffentlichkeit weit zurück, von Berlin gar nicht zu reden.

Wo liegen die Gründe für den in vieler Beziehung neuartigen, unverkrampften Umgang mit dem Erbe einer deutschen Revolution, auch mit ihren radikaldemokratischen Elementen? Da wäre mehreres zu nennen. Sicher läßt die Distanz von eineinhalb Jahrhunderten vieles abgeklärter erscheinen. Selbst in Frankreich wurde ja die Marseillaise erst in der Dritten Republik in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, also ein Jahrhundert nach 1789, zur Nationalhymne. Auch spielt für die unterschiedliche Intensität des Erinnerns sicher regional verschieden ausgeprägtes demokratisches Traditionsbewußtsein eine Rolle. Nicht zuletzt wäre der allgemeine Trend zur Regionalisierung, zum Stolz eher auf die Leistungen der engeren Heimat als der fernerer Nation in Anschlag zu bringen.

Daß die Revolution als Ganzes überhaupt akzeptiert und als Positivum in der deutschen Geschichte bewertet und auch radikalen Demokraten – wenngleich nicht unwidersprochen – partiell ein Ehrenplatz eingeräumt wurde, erklärt sich indes vor allem aber wohl aus der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellation. Weder ist – trotz großem Problemstau – eine gesellschaftspolitisch kritische oder gar krisenhafte Situation vorhanden, keine Revolution in Sicht; noch sieht sich die bundesrepublikanische Gesellschaft der Konkurrenz durch ein anderes nichtkapitalistisches sozialpolitisches System ausgesetzt. Die von Theodor

Schieder 1970 gegen Heinemanns Konzept der Integration revolutionärer Traditionen ins bundesdeutsche Geschichtsverständnis vorgebrachte Warnung vor der Gefahr des Umschlagens revolutionärer Traditionspflege in aktives revolutionäres Handeln gegen das bestehende Gesellschaftssystem ist nicht gegeben. Die liberale Historikerin Birgit Bublies-Godau spricht in diesem Zusammenhang recht offen von der „nach dem Ende der >deutsch-deutschen Erbschaftsfehden< und der Befreiung vom ideologischen Ballast möglichen Neubewertung der politischen Rolle von Demokraten und Republikanern in der Revolution“.²⁴

Bleibt der auffällige Unterschied in der Haltung zur Revolution von 1848, etwa zwischen Berlin und Baden-Württemberg. Wie kommt es dazu? Sicher ist dies nicht damit zu erklären, daß sich die historischen Vorgänge in Baden leichter volkstümlich vereinnahmen lassen als die erbitterte Berliner achtundvierziger März-Barrikadenschlacht. Die militärischen Abwehrkämpfe in der Reichsverfassungskampagne von Mai bis Juli 1849 gegen die Intervention der preußischen Konterrevolution standen dem Berliner 1848er März an Härte nicht nach, waren eher von bewußterem politischen Handeln durchdrungen. Auch reicht das sicher recht unterschiedlich profilierte, in Baden – verglichen etwa mit Berlin – seit jeher stärker demokratisch durchgesetzte Traditionsbewußtsein nicht aus, um die süddeutsche Unbefangenheit wie die offizielle Berliner Distanziertheit, um nicht zu sagen Aversion gegenüber 1848 verständlich zu machen. Eher schon mag dies mit der ganz verschiedenen gegenwärtigen politischen Gemengelage, konkret mit dem unterschiedlichen Gewicht linken Potentials in Baden und in der deutschen Hauptstadt zusammenhängen. Das von der DDR vermittelte revolutionäre Traditionsverständnis von 1848 schien möglicherweise noch zu vital, um die Ereignisse des Revolutionsjahres vor 150 Jahren in Berlin und anderswo im Osten Deutschlands ebenso locker und unbefangen mit dem einfachen Volke feiern zu lassen wie im deutschen Südwesten. Auch mag eine Rolle spielen, daß bei viele Menschen in den neuen Bundesländern Unsicherheiten

Allerdings muß hinsichtlich der neuerlichen Pflege auch radikaldemokratischer Traditionen eine generelle Einschränkung gemacht werden. Schweigend übergangen wurde nämlich zumeist der egalitär-soziale – auch heute noch weitgehend uneingelöst gebliebene – Forderungskatalog der 1848er Radikaldemokraten.²⁵ Auch ist – gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten in der Alt-BRD, von der DDR gar nicht zu reden – nicht zu übersehen, daß sowohl in der Forschungsliteratur als auch in der Erinnerungskultur des Jubiläumsjahres die *Arbeiterbewegung* und ihre Emanzipationsbestrebungen als Traditionselemente kaum noch eine Rolle spielten. Lediglich einige gewerkschaftliche und sozialdemokratische Aktivitäten nahmen sich dieses Aspekts an. Nur eine einzige, von

²⁴ Birgit Bublies-Godau, *Von der Revolution zu den Revolutionen*. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 11. Jg., Baden-Baden 1999, S. 223.

²⁵ Dazu: Gerhard Engel, *Vom zweiten Demokratenkongreß 1848 zum „Dritten Demokratenkongreß“* Oktober 1998. In: *Utopie kreativ*. Nr. 93, Juli 1998, S. 5 ff.; Detlef Joseph, *Die 48er und die unerfüllten Grundrechte* (Pankower Vorträge, H. 12), Berlin 1998; auch Helmut Bleiber, *Ablehnen oder umarmen. Vom schwierigen Umgang mit dem Erbe von 1848*. In: *junge Welt*, 8.6.1998, S. 10f.

ostdeutschen Vereinen organisierte Konferenz behandelte das Thema: Demokratie und Arbeiterbewegung in der Revolution.²⁶

In den geschichtspolitischen Stellungnahmen wie in der Medienbehandlung der Revolution wurde vielmehr generell auf eine Erörterung der sozialen Komponente, des Aufbrechens der sozialen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, des Tatbestands der Massenarbeitslosigkeit mit ihren Konsequenzen ganz verzichtet oder nur beiläufig eingegangen. Ausgeblendet blieben in der Regel die zentralen sozialen Forderungen der arbeitenden Massen in der Revolution, vor allem die nach dem „Recht auf Arbeit“, die auf die soziale Ausgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft, auf den später so genannten „Sozialstaat“ hinausliefen, von den bürgerlichen Eliten 1848/49 indes rigoros abgeblockt wurden. Der Grund dafür ist unschwer zu erkennen. Eine gebührende Behandlung der sozialen Probleme paßt nicht in die politischen Landschaft. Wer diese Aspekte hinreichend erörtert und als ein wesentliches Traditionselement bewußt macht, der muß eine andere als die der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft genehme Traditionslinie ziehen, daß nämlich die Grundprobleme des Kapitalismus, die 1848 erstmals offen auf die Tagesordnung traten, ungeachtet inzwischen abgerungener wichtiger sozialstaatlicher Konzessionen immer noch ungelöst sind. So läßt man die sozialen Hintergründe und Ausmaße dieser Revolution in der Geschichtspolitik zu 1848 lieber außen vor, zumal man dabei ist, Zugeständnisse des Sozialstaats infrage zu stellen und sukzessive rückgängig zu machen..

Fünftens. Die sparsamen staatsoffiziellen Stellungnahmen wie auch andere öffentliche Revolutionserinnerungen lassen erkennen, daß die Frage der nationalen Einheit, die zum Zentenarium ganz im Mittelpunkt stand, 1973 hingegen nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik nur recht zurückhaltend ins Spiel gebracht wurde, auch angesichts der wiederhergestellten staatlichen Einheit Deutschlands keineswegs unter der alten 1848er Losung von der „Einheit und Freiheit“ euphorisch in den Vordergrund gerückt wurde. Die nationale Problematik erscheint politisch-propagandistisch eher im Hintergrund gehalten. Statt dessen spielten die regionalen Traditionen eine vorrangige Rolle. Nachdem sich die Forschung schon seit längerem der lokalen und regionalen Revolutionsvorgänge angenommen hatte, läßt sich zu diesem Jubiläum auch eine neue Qualität der Regionalisierung des Revolutionsverständnisses wie -gedenkens feststellen. Der südwestdeutsche Raum, dessen Revolutionsprozesse allerdings zumeist gesamt nationales Gewicht besaßen, steht da mit Ausstellungen und Publikationen keineswegs allein. Auch andere Regionen, darunter in recht unterschiedlicher Intensität auch die ostdeutschen Länder²⁷, haben ihren spezifischen Anteil

²⁶ Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Walter Schmidt (Hrsg.), Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Berlin 2000.

²⁷ Zu *Brandenburg*: Gebhard Falk, Die Revolution 1848/49 in Brandenburg. Eine Quellensammlung, Frankfurt am Main 1998; Volker Klemm, Das Revolutionsjahr 1848 im ehemaligen preußischen Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder, Weimar 1998; Manfred Görtemaker/Kristina Hübener/Klaus Neitmann/Kärstin Weirauch, Zwischen Königtum und Volkssouveränität. Die Revolution von 1848/49 in Brandenburg, Frankfurt a.M. u.a. 1999. Über *Sachsen-Anhalt*: Werner Freitag (Hrsg.) Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Bielefeld 1998; Mathias Tullner, Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Halle 1998. Zu *Sachsen*: Der Dresdner Maiaufstand von 1849. Dresdner Hefte, H. 43, 1995; Karin Jeschke/Gunda Ulbricht (Hrsg.), Dresden Mai 1849. Tagungsband, Dresden 2000; Josef Matzerath (Hrsg.), Der sächsische König und der Dresdner Maiaufstand (Quellen und Materialien zur Geschichte der Wettiner, hrsg. von Guntram Martin, Josef Matzerath und Rörg

am 1848er Revolutionsgeschehen auf mannigfache Weise öffentlich zu machen gesucht und mehreres vorgelegt. All dies ist nicht zuletzt gewiß einem Forschungstrend der letzten beiden Jahrzehnte geschuldet, reflektiert in erster Linie aber wohl die gewandelten Interessen der Menschen, eine Schwerpunktverlagerung vom Nationalen ins Regionale und Lokale.

Sechstens. Stärkere Beachtung fand in den medialen Reflexionen des Revolutionsjubiläums der europäische Charakter der achtundvierziger Revolutionsereignisse. Betont wurde der internationale Aspekt vor allem in publizistischen Arbeiten aus gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Sicht. Auch Roman Herzog berief sich auf die europäische Dimension der 1848er Ereignisse und deren traditionsbildende Möglichkeiten für die Europäische Union als „Schicksals und Solidargemeinschaft“: „Die gemeinsame Tradition der Freiheitsbewegungen, die seit 1848 die europäischen Staaten verband“, konstatierte er – harmonisierend und die revolutionär-demokratische Ambitionen von 1848 weitgehend aus dem Blick lassend – apodiktisch, „war und ist auch heute das *geistige* Fundament des vereinten Europa.“²⁸ Wiewohl die Forschung schon seit geraumer Zeit den europäischen Charakter der 1848er Revolutionsbewegungen ins Visier genommen hat und 1998 eine Reihe gewichtiger Publikationen diesem Komplex gewidmet sind, forciert wurde die über das Nationale hinausweisende Richtung der Revolutionsbetrachtung im 150. Jubiläumjahr auf geschichtspolitischem Felde vor allem durch politische Legitimationsbedürfnisse, durch aktuelle Entwicklungen der Europäischen Union.

Freilich scheint man sich bei der Berufung auf 1848 als einer vermeintlich wesentlichen Wurzel gegenwärtiger europäischer Gemeinsamkeitsbestrebungen angesichts der unübersehbaren großen Widersprüche im Damals wie im Heute nicht ganz sicher zu sein. Nicht zufällig bleibt es in der Regel meist bei der Beschwörung von Ideen und Prinzipien des Revolutionsjahres, während die realen revolutionären Volkskämpfe im Europa von 1848 in der Geschichtspolitik kaum zur Geltung gebracht werden. Ganz abgesehen davon, daß – außer

Rogge, Bd.1), Köln-Weimar-Wien 1999; Martina Schattkowsky (Hrsg.), Dresdner Maiaufstand und Reichsverfassung 1849. Revolutionäres Nachbeben oder demokratische politische Kultur, Leipzig 2000; die 1848er Revolution in Sachsen behandelt auch Hartmut Zwahr, Revolutionen in Sachsen. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte (=Geschichte und Politik in Sachsen, hg. von Ulrich von Hehl, Wieland Held, Günther Heydemann und Hartmut Zwahr, Bd. 1), Weimar 1998. Zu *Thüringen*: Hans-Werner Hahn und Werner Greiling (Hrsg.), Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume – Handlungsebenen – Wirkungen, Rudolstadt & Jena 1998; Werner Greiling, Revolte und Revolution. Sozialer Protest und Fundamentalpolitisierung 1848/49 in Thüringen, Erfurt 1998; Thüringer Landtag (Hrsg.), Parlamente und Parlamentarier in der Revolution von 1848/49, Weimar 1998; Gunther Mai (Hrsg.), Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850, Weimar 2000; Frank Burghardt, Chronik und Bibliographie zur Revolution von 1848/49 in Thüringen, Erfurt 1998. Für *Mecklenburg-Vorpommern*: Franz Boll, „Freut euch, ihr Mecklenburger!“ Mecklenburg im Jahre 1848. Bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von Arnold Hückstädt, Neubrandenburg 1998; Ilona Buchsteiner (Hrsg.), Thünen und das Jahr 1848 (=Rostocker Beiträge zur Deutschen und Europäischen Geschichte, Bd. 6), Rostock 1999; Reno Stutz i. A. der Geschichtswerkstatt Rostock (Hrsg.), Demokraten und ihre Gegenspieler. Norddeutsche in der Revolution von 1848/49, Rostock 2000. Die *Frauenforschung* in den neuen Bundesländern konzentrierte sich vor allem auf Louise Otto-Peters: Johanna Ludwig und Rita Jorek (Hg.), Louise Otto-Peter. Ihr literarisches und publizistisches Werk; Johanna Ludwig und Katharina Middell (Hg.), „... der Menschheit Hälfte blieb noch ohne Recht“. Menschenrechte für Frauen – Frauen für Menschenrechte. 1991 Olympe de Gouges. 1848/49 Louise Otto-Peters, Leipzig 1998. Vgl. auch den Prospekt der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. in Leipzig; ferner: Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt und Susanne Schötz (Hrsg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, o.O., o. J. (1998).

²⁸ Roman Herzog, Ein neues Zeitalter der Demokratie, S. 10.

in Äußerungen linker Provenienz – die in der Mitte des 19. Jahrhunderts europaweit aufbrechenden sozialen Konflikte und deren gewichtiger sozialpolitischer Traditionswert nicht zur Sprache kommen. Die Aversion gegen revolutionäre Aktivitäten und soziale Emanzipationsbestrebungen von damals in den verschiedenen Ländern Europas ist in offiziellen Stellungnahmen deutlich spürbar. Das offenkundige Demokratiedefizit der Europäischen Union setzt solcherart Traditionspflege eindeutige Grenzen. Und ist angesichts von Bemühungen zur Integration neoliberaler Konzepte durch die Sozialdemokratie offenbar auch immer weniger gefragt.

Schließlich fällt auf, daß außerhalb Deutschlands das Revolutionsjubiläum wohl nur in Österreich einen größeren Widerhall in der Öffentlichkeit fand.²⁹ Soweit zu erfahren war, ist weder in den west- noch in den ost- und südosteuropäischen Ländern, soweit sie 1848 revolutioniert waren, eine mit der deutschen Historiographie vergleichbare Fülle an wissenschaftlichen Publikationen und gedenkpolitischen Aktivitäten feststellbar.

Zum 150. Jubiläum wurden zahlreiche Studien zur Geschichte der 1848er Erinnerungskultur vorgelegt, die allesamt auch weiterführende Literatur zum Thema enthalten:

Helmut Bleiber, Der Umgang mit dem historischen Erbe. Zur Rezeptionsgeschichte von 1848/49 in der BRD und in der DDR. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*. Nr. 34, 9. Jg., Juni 1998, S. 129ff.; *Beatrix W. Bouvier*, Zur Tradition von 1848 im Sozialismus. In: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche, Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1169ff.; *Laurenz Demps*, 18. März 1948. Zum Gedenken an 100 Jahre Märzrevolution in Berlin. In: *Revolution in Deutschland und Europa 1848/49*, hrsg. v. Wolfgang Hardtwig, Göttingen 1998, S.11ff.; *Manfred Gailus*, Deutsche Revolutionsfeierlichkeiten 1998. Zwischenbemerkungen zu Politik und Kultur der Erinnerung an 1848. In: *Werkstatt geschichte*, 7. Jg., 1998, S. 59ff.; *Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), Die Revolution hat Konjunktur. Soziale Bewegungen, Alltag und Politik in der Revolution 1848/49, Münster 1999; darin: *Roland Ludwig*, Über einige Neuerscheinungen zum Revolutionsjubiläum (S. 246ff.) und *Margarete Lorinser und Horsdt Steffen*, Roter Hecker ist ein blauer Spätbürger nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus (S. 259ff.) *Herbert*

²⁹ Internationale Konferenzen zum Thema, die auf Revolutionskomparation schließen ließen, fanden nach bisheriger Kenntnis im Jubiläumsjahr kaum statt. Bekannt sind einige Unternehmungen österreichischer Historiker: Die Anfänge des Liberalismus und der Demokratie in Deutschland und Österreich 1830 bis 1848/49. Internationale Tagung der von Helmut Reinalter geleiteten Innsbrucker Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850“ und der Siebenpfeiffer-Stiftung Homburg/Saar vom 10.-12. Oktober 1997; Die Arbeitsgemeinschaft „Wege zur Civil Society in Österreich“ der österreichischen Forschungsgemeinschaft und „Die Presse“ führten vom 21.-23. Mai 1898 einen Workshop zu 1848 durch. „1848 - Revolution in Wien“ war eine Veranstaltungsreihe der Wiener Vorlesungen. In Paris wurde im Februar 1998 in der Assemblée nationale eine europäisch konzipierte Ausstellung zu 1848 eröffnet mit einem zweibändigen Katalog: „Les révolutions de 1848. L’Europe des images“, die im Herbst 1998 im Nürnberger Germanischen Museum zu sehen war. (Siehe dazu auch Siemann, Die Revolution vom 1848/49 zwischen Erinnerung Mythos und Wissenschaft: 1848-1998, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1998, H. 6/7, S. 280). Die ungarischen Historiker Péter V. Simon/Gyögy Spira legten eine Studie über „Deutsche im revolutionären Ungarn 1848/49“, Budapest 1998 vor.

Gottwald, 1848-1898. Der fünfzigste Jahrestag der Revolution von 1848/49 im Spiegel der thüringischen Presse. In: Hans-Werner Hahn/Werner Greiling, Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume – Handlungsebenen – Wirkungen, Rudolstadt & Jena, S. 669ff.; *Rüdiger Hachtmann*, 1848 – Bilanz eines Jubeljahres. Anmerkungen zum Problem der Traditionsbildung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43. Jg. 1998, H. 12, S. 1489ff.; *Christoph Hamann*, (K)ein Denkmal für die 1848er ? In: Geschichte, Erziehung, Politik. Magazin für historische und politische Bildung, 8. Jg., 1997, H. 4, S. 213 ff.; ders., Das Geburtsjahr des Parlamentarismus in Deutschland. Die Märzrevolution von 1848 und der Senat von Berlin oder: Berlin ist nicht Backnang. In: Durchsicht. Forum für Museumspädagogik in Berlin und Brandenburg, 8. Jg., 1997, H. 2, S.3 ff.; ders., Die Revolution von 1848 in Berlin. Stadterkundungen, Berlin 1998; ders., Denkzeichen. Die Revolution von 1848/49 im öffentlichen Raum. In: Durchsicht. Forum für Museumspädagogik in Berlin und Brandenburg, 9. Jg., 1998, H. 1, S. 7ff.; *Manfred Hettling*, Bürger oder Soldaten? Kriegerdenkmäler 1848-1854. In: Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer. Frankfurt a. M., 1998, S. 76ff.; ders., Nachmärz und Kaiserreich. In: Christof Dipper und Ulrich Speck, 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt/M 1998, S. 11ff.; ders., Die Toten und die Lebenden. Der politische Opferkult 1848. In: Christian Jansen/Thomas Mergel (Hrsg.), Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung, Göttingen 1998, S. 54ff.; *Jürgen Kocka*, Arbeit und Freiheit. Die Revolution von 1848. In: Die Revolution von 1848. Akademievorträge von Jürgen Kocka und György Konrád, gehalten am 17. März 1998, hrsg. v. der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1998, S. 37ff.; *Dieter Langewiesche*, Populare und professionelle Historiographie zur Revolution von 1848/49 im Jubiläumsjahr 1998. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 47.Jg., 1999, H.7, S. 615ff.; *Thomas Mergel*, Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs. In: Jansen/Mergel, Die Revolutionen von 1848/49, Göttingen, S. 247ff.; *Dieter Rebentisch*, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution. Heidelberg 1998; *Walter Schmidt*, Forschungen zur Revolution von 1848/49 in der DDR. Versuch eines historischen Überblicks und einer kritischen Bilanz, In: Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, hrsg. von Walter Schmidt, Berlin 1998, S. 11ff.; ders., Karl Griewank und das Zentenarium von 1848. In: Ebenda, S. 563ff.; ders., Karl Griewank und die 1848er Revolutionsforschung, in: Hahn/Greiling, Die Revolution von 1848/49 in Thüringen, S. 705ff ; ders., Das Erbe der Revolution von 1848 in den Jubiläumsjahren 1948 – 1973 – 1998. Geschichtsforschung und Geschichtspolitik. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 27., Jg. 1998, H. 8, S. 79ff.; ders., Eine deutsche Revolution hatte Konjunktur. 1848/49 und die politische Öffentlichkeit im 150. Jubiläumsjahr. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 42, 11. Jg., Juni 2000, S. 139ff.; ders., Die Revolutionsrezeption in den Jubiläumsjahrestagen 1873 - 1898 - 1923. In: Helmut Bleiber, Rolf Dlubek und Walter Schmidt, Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49, Berlin 2000;

Wolfram Siemann, Die Revolution von 1848 zwischen Erinnerung, Mythos und Wissenschaft: 1848-1998. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1998, H. 6/7, S. 272ff.; *Martin Vogt*, Weimar und die NS-Zeit. In: *Christof Dipper und Ulrich Speck*, 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt/M 1998, S. 25ff.; *Edgar Wolfrum*, Bundesrepublik Deutschland und die DDR. In: *Ebenda*, S. 35ff. ; *ders.*, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg der bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 39ff.; *Günter Wollstein*, Gedenken 1848. Tradition im Wandel der Zeit. In: *Bernd Rill (Hrsg.)*, 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, München 1988, S. 311ff.